



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 08.09.2011

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 30.06.2011, 15:30 Uhr bis 18:10 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Dr. Sabine Müller GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher	SPD
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Frau Birgitta Nessler-Komp	CDU
Frau Katharina Welcker	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE
Herr Klaus Artl	Pro Köln

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Sylvia Laufenberg FDP stellvertretend für Herrn Dr. Albach

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Heinz Peter Fischer Die Linke.Köln bis 17:30 Uhr

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Barbara Albat auf Vorschlag der SPD

Herr Wilfried Becker SPD-Fraktion

Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD	
Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU	
Herr Josef Druckenmüller	auf Vorschlag der CDU	
Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen	bis 17:45 Uhr
Herr Frank Kraus	(FDP) auf Vorschlag der Grünen	
Herr Mike Pöhler	FDP	
Frau Brigitte Grosser	auf Vorschlag pro Köln	
Herr Dieter Koberg	auf Vorschlag der Linke.Köln	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Käthe Reiff	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik
Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Verwaltung

Herr Manfred Kaune	
Herr Robert Kilp	zu TOP 4.5. und 4.5.1
Frau Anke Ludwig	
Frau Claudia Mohr	zu TOP 7.11
Herr Gerd Neweling	zu TOP 7.12
Frau Beigeordnete Henriette Reker	
Herr Günther Strauß	stellvertretend für Herrn Dr. Drösemeier
Herr Peter Winkels	

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Rolf Albach	FDP	vertreten durch Frau Laufenberg
----------------------	-----	---------------------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Heribert Resch	CDU
Herr Michael Gybas	auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Ute Saher	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik
Herr Fatih Turan	KIM
Frau Minu Nikpay	KÖBES

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün und des Betriebsausschusses für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Sie informiert kurz über die erweiterten Tagesordnungen, deren Erweiterungen am Zusatz "zugesetzt und zugestellt" bzw. "Tischvorlage" zu erkennen seien.

Die Unterlagen seien bis auf elf Tischvorlagen im Ausschuss Umwelt und Grün zugestellt worden. Die als Tischvorlage umgedruckte Beantwortung zu TOP 4.5.1 stehe noch nicht auf der erweiterten TO des UG, da sie bei deren Drucklegung noch nicht freigegeben war.

Die Anfragen zu TOP 4.2 und 4.3 werden in der nächsten Sitzung beantwortet.

Zu TOP 7.7 werde Herr Kaune vor Eintritt in die Tagesordnung zum Beschluss der BV Ehrenfeld eine Erklärung abgeben. Zu TOP 7.11 komme als Vertreterin des Bauverwaltungsamts die Amtsjuristin Frau Mohr. Zu TOP 7.12 seien als Vertreter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau die Herren Neweling und Heuvel anwesend.

Sie sei gebeten worden, mit dem Betriebsausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb zu beginnen und schlägt dies vor. Es erhebt sich hiergegen kein Widerspruch.

Beigeordnete Frau Reker informiert über eine weitere Tischvorlage aus ihrem Dezernat, die ebenfalls noch nicht auf der Tagesordnung stehe. Es handelt sich dabei um die Teilstellungnahme zur Anfrage der CDU-Fraktion "Gesundheitlicher Verbraucherschutz in Köln" (TOP 4.2 bzw. 4.2.1).

Anschließend spricht RM Frau Welcker zur Dringlichkeit des Antrags der CDU-Fraktion (TOP 6.3) und begründet diese mit dem Badedruck auf die geschützten oder auch gefährlichen Seen in den Sommermonaten und fordert klarere Regeln.

RM Herr Bacher entgegnet, dass der Antrag schon früher hätte gestellt werden können. Die SPD-Fraktion sei jedoch trotzdem bereit, über den Antrag zu beraten und abzustimmen.

Da keine weiteren Argumente gegen die Dringlichkeit vorgebracht werden, geht die Ausschussvorsitzende davon aus, dass der Antrag für dringlich erachtet werde.

RM Herr Kienitz äußert gegenüber der Verwaltung die Bitte, dass die Niederschriften einige Tage vor den Sitzungen vorliegen, um sich so besser auf die Sitzung vorbereiten zu können.

Anschließend erteilt die Ausschussvorsitzende Herrn Kaune zu TOP 7.7 - Kleingartenanlage Äußere Kanalstraße, Verein Takufeld e. V. - Bau einer Ringwasserleitung - das Wort.

Herr Kaune informiert über den Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld, die wegen ausschließlicher bezirklicher Bedeutung des Baus der Ringwasserleitung in eigener Zuständigkeit diesen gefasst und die Verwaltung gebeten habe, diesen Beschluss dem Ausschuss Umwelt und Grün zur Kenntnis zu geben.

Die Verwaltung habe die Beschlussvorlage nach Zuständigkeitsordnung erstellt, den Ausschuss Umwelt und Grün als Beschlussgremium und die BV Ehrenfeld als vorberatendes Gremium eingetragen. Die Kosten der Maßnahme betragen 341.600 € und liegen damit über dem Betrag von 100.000 €, ab dem - nach dem Wortlaut der Zuständigkeitsordnung - nicht mehr die Bezirksvertretung, sondern der Ausschuss Umwelt und Grün zu beschließen habe.

Den Beschluss der BV Ehrenfeld werde man jetzt gutachterlich dahingehend prüfen lassen, ob die Wertgrenze von 100.000 € weiterhin Gültigkeit habe. Um Planungssicherheit über den Bau der Ringwasserleitung zu haben und auch mit dem Bau zu beginnen, sei es legitim, über einen Beschluss der BV Ehrenfeld und einen Beschluss des Ausschusses Umwelt und Grün zu verfügen. Ansonsten müsste man die gutachterliche Stellungnahme abwarten und den Ausschuss ggfls. noch mal damit befassen. Er schlage deshalb vor, über diese Beschlussvorlage heute im Ausschuss zu beraten und einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Nach weiterer kurzer Diskussion sind die Ausschussmitglieder mit diesem Vorschlag einverstanden und legen die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A Verpflichtung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen gemäß § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)
- 1 Verwiesener Antrag der FDP-Fraktion (wird unter TOP 6.1 behandelt)**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 4 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
 - 4.1 Dat Wasser von Kölle
Anfrage der Fraktion Die Linke
AN/1191/2011
 - 4.1.1 Beantwortung der Anfrage
2533/2011
 - 4.2 Gesundheitlicher Verbraucherschutz in Köln
Anfrage der CDU-Fraktion
AN/1293/2011
 - 4.2.1 Teilbeantwortung der Anfrage
2733/2011
 - 4.3 Investitionen in den Klimaschutz
Anfrage der CDU-Fraktion
AN/1294/2011
 - 4.4 Bau von Schallschutzwänden an bestehenden Schienenwegen des Bundes
Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion
1906/2011
 - 4.5 Vollzug Umweltzone
Anfrage der CDU-Fraktion
AN/1336/2011
 - 4.5.1 Beantwortung der Anfrage
2722/2011

5 Mündliche Anfragen

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

- 6.1 Verfall des städtischen Liegenschaftsvermögens durch Verwilderung
Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde
AN/ 1063/2011
- 6.2 Beauftragung eines privaten Wach- und Sicherheitsdienstes in der Sommerzeit zum
Schutz des Rheinparks vor Vandalismus
Antrag der Fraktion pro Köln
AN/1050/2011
- 6.3 Ausweisung weiterer Badeflächen in freier Natur
Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion
AN/1244/2011

7 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 7.1 Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See
hier: Veranstaltungsplan 2011 und Definition von Rahmenbedingungen für die Ge-
nehmigung von Veranstaltungen
0389/2011
- 7.2 Regionale 2010 - RegioGrün/Portal Gut Leidenhausen
hier: Baubeschluss und Freigabe von investiven Zahlungsermächtigungen
0853/2011
- 7.3. Satzung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebau-
ten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt
Köln (Baumschutzsatzung) vom 17.01.2002, hier: Neufassung der Satzung
0871/2011

Gemeinsamer Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
AN/1362/2011
- 7.4 Entwicklungsplan Äußerer Kölner Grüngürtel
1035/2011
- 7.5 Ergänzung der Kölner Bestattungs- und Friedhofssatzung und der Friedhofsgebüh-
rensatzung
1047/2011
- 7.6 Programm Mülheim 2020 - Rheinboulevard Mülheim-Süd
Beauftragung der Weiterplanung und Freigabe einer investiven Auszahlungsermäch-
tigung des Finanzplans im Haushaltsjahr 2011
2. Durchgang
1267/2011
- 7.7 Kleingartenanlage Äußere Kanalstraße, Verein Takufeld e. V. - Bau einer Ringwas-
serleitung
hier: Freigabe von investiven Zahlungsermächtigungen des Finanzplanes
1453/2011

- 7.8 Erweiterung der Kleingartenanlage Schmalbeinstraße, Verein Köln-City e. V.
hier: Planungs- und Baubeschluss
1589/2011
- 7.9 Beschaffung von vier Mannschaftstransportern und vier Verkehrssicherungsanhängern
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
1913/2011
- 7.10 Trimm-Dich-Pfad in der Stadtwalderweiterung, Köln-Lindenthal
hier: Annahme der Schenkung eines modernen Trimm-Dich-Pfads,
erstellt durch Scherz e.V.
2260/2011
- 7.11 Neuabschluss eines Vertrages über die Benutzung städtischer Grundstücke zum
Zwecke der öffentlichen Versorgung mit Fernwärme (Fernwärmegestattungsvertrag)
0898/2011
- 7.12 Rheinboulevard -Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard
hier: Archäologie und Teilumplanung der Gründung
2037/2011
- 7.13 Abfallbehälter und Bänke für Grünanlagen in den Stadtbezirken
hier: Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Rahmen des Bürger-
haushaltes
2196/2011
- 8 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 9 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 10 Mitteilungen**
- 10.1 Senkung der Stickoxide in der Luft durch Pflastersteine
hier: Anfrage der CDU-Fraktion aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom
09.05.2011, TOP 8.2.3
1808/2011
- 10.2 Solarenergie auf städtischen Dächern
Ratsbeschluss vom 14.09.2010, TOP 10.7
1902/2011
- 10.3 PFT im Grundwasser und in Baggerseen zwischen Immendorf und Meschenich.
Hier: Sachstand zum 15.05.2011
2016/2011
- 10.4 Sachstand zum Bürgerantrag Erstellung eines ganzheitlichen Kölner Umweltbil-
dungskonzeptes
2270/2011
- 10.5 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2010
2176/2011

- 10.6 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2008
2157/2011
- 10.7 Verkehrssituation in Köln-Meschenich
hier: Anfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 28.02.2011,
TOP 8.2.7
2117/2011
- 10.8 Regionale 2010 - RegioGrün/Portal Gut Leidenhausen
hier: Wechsel des Entscheidungsgremium
2496/2011
- 10.9 "Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer"
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 21.06.2011 über einen Teil der vom
Rat am 07.04.2011 zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel
2639/2011
- 10.10 Stilllegungsmaßnahme auf der städtischen Altdeponie Linder Mauspfad
Sachstand zur Verkehrsführung während der Baumaßnahme
2545/2011
- 10.11 Beauftragung eines Wach- und Sicherheitsdienstes zum Schutz des Rheinparks vor
Vandalismus.
2531/2011
- 10.12 Umgang mit der Massaria-Krankheit an Platanen in Köln - Stand Juni 2011
Entwicklung in der Rechtsprechung
Von den Gerichten geforderter Umfang und Häufigkeit der Baumkontrolle
2584/2011
- 10.13 Stadtklima- und Verschönerungsprogramm - Sanierung und Betrieb von Brunnen in
Köln
2686/2011
- 10.14 Stadtklima- und Verschönerungsprogramm - Schmuckbeete
2689/2011
- 10.15 "Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer"
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Mülheim vom 27.06.2011 über die vom Rat am
07.04.2011 zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel
2682/2011

II. Nichtöffentlicher Teil

- 11 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 12 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 13 Mündliche Anfragen**
- 14 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung**
- 15 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 16 Vergaben**
- 17 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 18 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 19 Mitteilungen**
 - 19.1 Bekanntmachung der im Zeitraum vom 29.03.2011 bis 15.06.2011 beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen vergebenen Aufträge 2506/2011
 - 19.2 Errichtung des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes (CVUA) Rheinland 2490/2011

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen gemäß § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)

Keine.

1 Verwiesener Antrag der FDP-Fraktion (wird unter TOP 6.1 behandelt)

2 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine.

3 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

Keine.

4 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

4.1 Dat Wasser vun Kölle Anfrage der Fraktion Die Linke AN/1191/2011

4.1.1 Beantwortung der Anfrage 2533/2011

SE Herr Fischer bemerkt, er erinnere sich bei dieser Mitteilung, warum man die Anfrage der Fraktion Die Linke nicht beantworten könne, an eine Anfrage bezüglich Abstimmungsschwierigkeiten zwischen verschiedenen Dezernaten, die im Ausschuss Umwelt und Grün gestellt wurde und frage daher nach (*Fragestellungen wurden im Wortlaut übernommen*):

1. Ist diese Anfrage zur Beantwortung lediglich in Ämtern des Beigeordneten Streitberger gewesen oder waren das Gesundheits- bzw. das Umwelt- und Verbraucherschutzamt auch involviert? Und falls nicht, kann dies bitte nachgeholt werden?
2. Darf ich aus Ihrer Mitteilung, dass Sie für den Bereich Innenstadt die Installation von Trinkwasserspendern bereits in 2010 geprüft hätten, die Antwort auf unsere Anfrage Punkt 1 dann mit einem „Ja“ interpretieren oder warum hat die Verwaltung eine solche Prüfung vorgenommen?
3. An welchen Stellen im Stadtgebiet, außer den geprüften Innenstadtbereichen, wären öffentliche Trinkwasserstellen besonders sinnvoll, notwendig oder wünschenswert und wären sie dort realisierbar?

4. In wie fern beziehen sich die angemerkt Standort- und Gestaltungsfragen sowie die so genannte „Entrümpelung“ des Stadtraums auf die von uns angefragte mögliche Installation von Trinkwasserspendern in öffentlichen Gebäuden und Schulen?
5. Die Rheinenergie soll laut Ihrer Mitteilung europäische und nationale Rechte und Richtlinien und der damit verbundene finanzielle Aufwand als Hinderungsgrund für die Installation von Trinkwasserspendern angeben haben. Gehe ich recht in der Annahme, dass die genannten rechtlichen Rahmenbedingungen auch für Hamburg und andere Städte gelten, die dennoch Trinkwasserspender installiert haben?
6. Ist es kurzfristig möglich die Rheinenergie AG dazu zu bewegen, zumindest im Sommer mit ihren Wasserwagen an einigen kritischen Punkten vor Ort zu sein, um die Frischwasserversorgung der Menschen sicher zu stellen, so wie es die Stadtwerke Bonn ja beispielhaft auch regelmäßig jeden Samstag tun?

Beigeordnete Frau Reker erklärt, dass die Anfrage bisher noch nicht im Umweltamt gewesen sei. Zum Gesundheitsamt könne sie das momentan nicht beantworten. Sie sagt zu, die Nachfragen aufzunehmen und zu gegebener Zeit zu beantworten.

4.2 Gesundheitlicher Verbraucherschutz in Köln Anfrage der CDU-Fraktion AN/1293/2011

4.2.1 Teilbeantwortung der Anfrage 2733/2011

Beigeordnete Frau Reker erklärt, die Verwaltung wollte zumindest zu dieser zeitlich wichtigen Nachricht Stellung nehmen, welche Vorkehrungen für die Kölner Bevölkerung getroffen worden sind.

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet, die als Tischvorlage umgedruckte Beantwortung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

4.3 Investitionen in den Klimaschutz Anfrage der CDU-Fraktion AN/1294/2011

Die Anfrage wird in der nächsten Sitzung beantwortet.

4.4 Bau von Schallschutzwänden an bestehenden Schienenwegen des Bundes Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion 1906/2011

SE Herr Pöhler fragt nach, ob die Bahn zugestimmt habe, dass die Außenseiten der Schallschutzwände durch Mitarbeiter der KölnerAntiSprayAktion (KASA) befreit werden dürfen. Falls ja, möchte er wissen ob das nötige Geld zur Beauftragung der KASA

bereits in den Haushalt eingestellt worden sei und wie viel Geld für die wöchentliche Reinigung anfalle.

Die Verwaltung sagt eine Weitergabe der Nachfrage an das zuständige Dezernat zu.

4.5 Vollzug Umweltzone Anfrage der CDU-Fraktion AN/1336/2011

4.5.1 Beantwortung der Anfrage 2722/2011

Auf Bitte des Ausschusses nimmt Herr Kilp zu der als Tischvorlage umgedruckten Beantwortung Stellung und fasst zunächst die Ereignisse der letzten drei Jahre zum Thema "Umweltzone" zusammen. Er hebt hervor, es sei Ziel gewesen, möglichst viele Fahrzeuge, die eine Plakette erhalten können, damit auszustatten, um eine hohe Akzeptanz der Umweltzone zu erreichen. Bereits bei Einführung der Umweltzone Anfang 2008 sei von der Deutschen Umwelthilfe bestätigt worden, dass 84 % der Fahrzeuge in der Innenstadt mit Plaketten ausgestattet seien.

Hinsichtlich der laufenden Überwachung wurden Gespräche mit dem Kölner Amtsgericht geführt, in denen sich schnell zeigte, dass nur Fahrer/ Fahrerinnen sanktioniert werden konnten und nicht Halter/Halterinnen. Insoweit seien von vornherein, was die Kontrollen anging, Restriktionen zu erwarten gewesen.

Herr Kilp erläutert eingehend die Art der Kontrollen, die mobile Verkehrsüberwachung durch Radarfahrzeuge und die relativ geringe Anzahl der Ordnungswidrigkeitenverfahren. Abschließend betont er, man wolle nicht die "staatliche Keule" hervorholen, sondern die Menschen, z. B. mit dem Angebot des Plakettenkaufs, mitnehmen. Dies sei für die Umweltzone auch weitestgehend gelungen.

RM Herr Kienitz möchte wissen, welche Erfahrungen andere Städte bezüglich ihrer Kontrollfunktion gemacht haben. Laut Deutscher Umwelthilfe lagen andere Städte wesentlich weiter vorn als Köln.

Herr Kilp antwortet, dass Berlin anfangs eine andere Vorgehensweise bevorzugt habe und die Stadt mit der niedrigsten Plakettenquote gewesen sei.

Im weiteren Verlauf der Diskussion, an der sich verschiedene Ausschussmitglieder beteiligen, geht es um die richtige Strategie, eine bessere Luftqualität zu erreichen und um die Möglichkeit, Plaketten zu fälschen.

Herr Kilp berichtet, es seien Kontrollen mit der Polizei durchgeführt worden, bei denen nur sehr wenige Fahrzeuge aufgefallen seien. Dies lasse den Schluss zu, dass die Umweltzone in Köln deutlich beachtet werde. Schlechte Luftqualität hänge oftmals auch mit der Schifffahrt auf dem Rhein zusammen. Hier beabsichtige man, Regelungen beim Land zu erzielen, die die Luftreinhaltung verbessern.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Stellungnahme der Verwaltung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen und das Thema im nächsten Ausschuss noch mal zu thematisieren. Sie lädt daher Herrn Kilp zur nächsten Ausschusssitzung am 29. September ein.

5 Mündliche Anfragen

5.1 Anfrage von SB Herrn Dr. Fladerer Bauvorhaben in Grünflächen

SB Herr Dr. Fladerer fragt, ob es stimme, dass die Verwaltung zur Zeit drei Bauvorhaben, und zwar:

1. die Erweiterung des Hildegard-von-Bingen-Gymnasiums
2. die Erweiterung der bestehenden Kita Düstemichstraße
3. die Errichtung einer temporären Kita

auf der Grünfläche zwischen Düstemichstraße, Leybergstraße und Linzer Straße plane und die 3. Maßnahme schon vom Rat mit Vorlage Nr. 0693/2011 beschlossen worden sei. Falls ja, möchte er wissen, warum der Ausschuss Umwelt und Grün an der Planung und Beschlussfassung nicht beteiligt bzw. informiert worden sei.

Soweit ihm bekannt sei, könnte die Erweiterung des Hildegard-von-Bingen-Gymnasiums auch durch Aufstockung der bestehenden Gebäude erfolgen. Allein der Denkmalschutz stehe dem entgegen. Herr Dr. Fladerer fragt, ob Denkmalschutz grundsätzlich vor dem Grünflächenschutz rangiere. Falls nein, möchte er wissen, was man tun müsse, um im konkreten Fall dem Grünflächenschutz Vorrang einzuräumen.

Soweit ihm bekannt sei, könnte auch die Errichtung der temporären Kita auf einer Fläche am Eifelwall erfolgen, die zukünftig, aber nicht in absehbarer Zeit, als Erweiterung des inneren Grüngürtels dienen soll. Er möchte wissen, ob es stimme, dass dies von der Verwaltung abgelehnt werde, da diese Brachfläche den Status einer Grünfläche besitze, obwohl sie dies noch nicht sei und ob der Schutz einer möglichen zukünftigen Grünfläche vor dem Schutz einer schon jetzt als Grünfläche genutzten Fläche rangiere.

Die Beigeordnete sagt zu, die Anfrage an das zuständige Baudezernat weiterzuleiten.

5.2 Anfrage von RM Herrn Brust Schriftliche Meldung bei Gefahr im Verzug (Beißvorfall)

RM Herr Brust erwähnt einen Artikel in der Kölner Presse, der ein Kind betraf, das von einem Hund angefallen und schwer verletzt worden sei. Dieser Beißvorfall hätte gegebenenfalls verhindert werden können, wenn die Verwaltung den entsprechenden Hinweisen aus der Bevölkerung nachgegangen wäre. Die Pressesprecherin der Stadt Köln habe darauf hingewiesen, dass eine mündliche Meldung nicht reiche und eine schriftliche Meldung erforderlich sei.

Herr Brust kritisiert diese Haltung der Stadt, da es sich um eine Situation gehandelt habe, in der Gefahr im Verzug vorgelegen habe und bittet um Stellungnahme.

Herr Kilp erklärt, der Beißvorfall, der sich um die Jahreswende ereignet habe, sei von der Stadt Köln sehr genau untersucht worden und werde auch von der Staatsanwaltschaft untersucht, daher könne er nur allgemeine Informationen geben.

Die städtische Ordnungsverwaltung habe häufig das Problem, unpräzise Angaben, z. B. Namen und Ort betreffend, zu erhalten. Wenn sie einer Beschwerde nachgehe und Personen zu Hause aufsuche, sei es besser, die entsprechenden Angaben vorher schriftlich zu erhalten.

Für RM Herrn Brust ist dies nicht nachvollziehbar, da präzise Auskünfte viel besser am Telefon nachzufragen seien. Als Beispiel nennt er bei der Feuerwehr eingehende Notrufe. Hier werde der Anrufer / die Anruferin solange am Telefon "festgehalten", bis die Feuerwehr über alle wichtigen Details verfüge, die sie benötige.

Herr Kilp widerspricht, da beide Situationen nicht vergleichbar seien und die Bereitschaft, gegenüber der Ordnungsverwaltung Auskünfte zu erteilen, sehr reduziert vorhanden sei.

5.3 Anfrage von RM Frau Frebel Erinnerung an die Beantwortung der mündlichen Anfrage vom November 2010 betr. Kreisverband der Kleingärtnervereine

RM Frau Frebel fragt, wann ihre mündliche Anfrage beantwortet werde. Sie habe verschiedentlich nachgefragt und daraufhin Informationen von der Verwaltung erhalten, erwarte jedoch, dass der gesamte Ausschuss Umwelt und Grün darüber eine Mitteilung bekomme. Sie gibt das Schriftstück der ursprünglichen Anfrage zu Protokoll und bittet die Verwaltung, wenn möglich ihre Anfrage in der nächsten Ausschusssitzung im September zu beantworten.

5.4 Anfrage von SE Herrn Becker Baumfällungen vor dem Chemischen Institut der Universität Köln

SE Herr Becker weist darauf hin, dass in der Greinstraße in Köln-Sülz vor dem Chemischen Institut der Universität Köln 2 – 3 große Bäume gefällt worden seien. Er fragt, ob hierfür eine Genehmigung erteilt worden sei und wie und wo die Ersatzpflanzungen erfolgten.

5.5 Anfrage von SE Herrn Becker Betrieb der Kölner Wasserbrunnen im Sommer 2011

SE Herr Becker möchte wissen, wie viele Brunnen in Betrieb genommen werden können. Außerdem fragt er, ob die Kämmerei die Gelder für den Betrieb freigegeben habe und ob defekte Brunnen repariert werden.

Herr Kaune weist auf die Mitteilung zu TOP 10.13 hin. Dank des Beschlusses des Finanzausschusses vom 23.05.2011 werden ab 30.06.2011 wieder 59 Zierbrunnen sprudeln.

5.6 Anfrage von RM Frau Paffen Sachstandsbericht zum Fühlinger See

RM Frau Paffen erwähnt, die Verwaltung habe im Frühjahr zugesagt, nach der Veranstaltung "Kölle olé" einen Sachstandsbericht zum Fühlinger See abzugeben. Sie fragt, wann damit gerechnet werden könne.

Die Beigeordnete sagt eine Weitergabe der Anfrage an das zuständige Sportamt zu.

**5.7 Anfrage von SB Herrn Dr. Fladerer
Rheincenter Weiden
Lärm- und Verkehrsgutachten für die Ausweitung der Öffnungszeiten**

SB Herr Dr. Fladerer spricht die geplante Ausweitung der Öffnungszeiten des Rheincenters Weiden an, was mit einer hohen Lärm- und Umweltbelastung verbunden sei. Soweit ihm bekannt, solle die Genehmigung in absehbarer Zeit erteilt werden. Er fragt, weshalb der Ausschuss Umwelt und Grün bisher noch nicht eingebunden worden sei, ob der Ausschuss die diesbezüglichen Lärm- und Verkehrsgutachten zur Kenntnis erhalte und von wem diese Gutachten erstellt und beauftragt worden seien.

Die Ausschussvorsitzende merkt an, die Politik bekomme häufig von Bürgerinnen und Bürgern in Weiden Informationen zu dieser Problematik.

Beigeordnete Frau Reker sagt eine Weiterleitung an das Bauaufsichtsamt zu. Sie werde die zuständige Verwaltung bitten, in Zukunft stärker in den Sitzungen des Ausschusses Umwelt und Grün anwesend zu sein.

Die Ausschussvorsitzende bemerkt, es handle sich um eine dezernatsübergreifende Aufgabe, an der auch das Wirtschaftsdezernat beteiligt sei. Daher müsse eine Abwägung vieler unterschiedlicher Punkte erfolgen. Offensichtlich würden die Belastungen der dort lebenden Bevölkerung zumindest im Fachausschuss nicht erörtert.

**5.8 Anfrage von RM Herrn Bacher
Wildwuchs an pflegefreien Reihengräbern**

RM Herr Bacher erwähnt, ihm seien über einen Presseartikel Klagen über den "Wildwuchs" an Baumbestattungen bekannt geworden. Ähnlich wie an pflegefreien Reihengräbern seien Engelchen, Plastikblümchen und Kerzen, die alle nicht satzungskonform seien, dort aufgestellt worden.

Er fragt, inwieweit die Satzungskonformität wieder hergestellt werden könne oder ob man eigene Grabfelder mit "purer Baumbestattung" anbieten könne.

Herr Kaune bestätigt, dass es in dieser relativ neuen Bestattungsart anfangs noch Probleme gab. Daraus habe die Verwaltung gelernt und für die Nutzungsberechtigten entsprechende Hinweiszettel mit Verhaltensregeln erstellt. Trotzdem passiere es häufig, insbesondere kurz nach dem Todesfall, dass derartiges aufgestellt werde. Im Interesse aller Nutzungsberechtigten werde jetzt relativ eng kontrolliert.

**5.9 Anfrage von RM Herrn Bacher
Patenschaften über denkmalgeschützte Grabstellen**

RM Herr Bacher erinnert an die Anfrage zum Thema "Patenschaften für denkmalgeschützte Grabanlagen", die in der Sitzung am 24.03.2011 von der Grünverwaltung beantwortet wurde. In der Sitzung hat der Ausschuss Umwelt und Grün angeregt, die Denkmalschutzbehörde zu einer Ausschusssitzung einzuladen mit der Bitte, ihre Position zu diesem Thema darzustellen.

Herr Bacher fragt, wann mit dem Gespräch mit der Denkmalschutzbehörde gerechnet werden könne.

Die Beigeordnete informiert darüber, dass die Leiterin der Denkmalschutzbehörde eingeladen wurde und vorgesehen sei, dass sie am 29.09.2011 zur Sitzung kommt.

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

6.1 Verfall des städtischen Liegenschaftsvermögens durch Verwilderung Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde AN/ 1063/2011

Beigeordnete Frau Reker erläutert, dass die Verwaltung im Rahmen ihrer Rechtspflicht nach Möglichkeiten der Weiterentwicklung suche. Dies werde derzeit rechtlich geprüft. Sie hoffe auf ein baldiges Ziel führendes Ergebnis.

RM Herr Kienitz fragt nach den Überlegungen innerhalb der Verwaltung, welche Konsequenzen man grundsätzlich bei der Vorhaltung aller Flächen dieser Art zieht.

RM Frau Laufenberg betont, es gehe der FDP-Fraktion darum, alle städtischen Liegenschaften dahingehend zu überprüfen, wie mit dem Problem des Verfalls umgegangen werde. Als Beispiel nennt sie ein Grundstück in Flittard, auf dem wegen Brombeerbewuchs eine Kindertagesstätte nicht erweitert werde.

Frau Reker bemerkt, dies sei zunächst eine Frage der Liegenschaften, die bereits begonnen haben, Flächen zu identifizieren und den richtigen Tonus gefunden haben, damit umzugehen.

RM Herr Bacher verweist auf die Konfliktsituationen, die durch die unterschiedlichen Interessen – Umwelt- Natur- und Landschaftsschutz einerseits und wirtschaftliche Weiterentwicklung andererseits – entstünden und nicht nur die Liegenschaftsverwaltung beträfen. Die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen im Natur- und Landschaftsschutz müsse beachtet werden. Daher interessiere den Ausschuss Umwelt und Grün, wie mit dieser Konfliktsituation umgegangen werde.

Frau Reker schlägt vor, dass die Verwaltung eine entsprechende Mitteilung nicht nur in den Liegenschaftsausschuss sondern auch in den Ausschuss Umwelt und Grün gibt.

Die Ausschussvorsitzende bekräftigt den Vorschlag und schlägt vor, den Antrag für erledigt zu erklären.

Der Ausschuss ist damit einverstanden.

6.2 Beauftragung eines privaten Wach- und Sicherheitsdienstes in der Sommerzeit zum Schutz des Rheinparks vor Vandalismus Antrag der Fraktion pro Köln AN/1050/2011

Nach dem Hinweis der Ausschussvorsitzenden, dass zu diesem Thema unter TOP 10.11 noch eine Mitteilung der Verwaltung als Tischvorlage umgedruckt sei, zieht SB Herr Arlt den Antrag zurück.

6.3 Ausweisung weiterer Badeflächen in freier Natur Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion AN/1244/2011

RM Frau Welcker begründet kurz den Antrag. Der CDU-Fraktion gehe es darum, den Menschen einerseits Naherholung im Raum Köln zu ermöglichen, andererseits aber auch dem Naturschutz und dem Schutz der Personen Rechnung zu tragen.

RM Herr Bacher verweist auf den Bäderzielplan, mit dem die Köln Bäder GmbH in den letzten Monaten über 70 Mio. € in sichere Bäder investiert habe. Als das Thema "Baden in Baggerseen" 2007 im Ausschuss angesprochen worden sei, habe die Verwaltung die Gefährlichkeit für die Badenden deutlich gemacht und auf ihre Verkehrssicherungspflicht hingewiesen. Daher werde die SPD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

RM Herr Dr. Welpmann ergänzt die Ausführungen von Herrn Bacher um den ökologischen Aspekt. Er erinnert an das sog. "Seenkonzept", wonach alle Kölner Gewässer auf ihre ökologische Wertigkeit überprüft werden sollen. Wenn dies vorliege, könne auch darüber nachgedacht werden, in 2 bis 3 Fällen eine Freizeitnutzung gezielt zu fördern. In allen anderen Fällen sollte aus Naturschutz- und Sicherheitsgründen das Baden restriktiv unterbunden werden. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen werde den Antrag aus den genannten Gründen ablehnen.

SE Herr Donath betont, dass das Baden zwischen den Bühnen aufgrund der Gefahren in diesem Bereich absolut zu meiden sei. Er unterstreicht ebenfalls den ökologischen Aspekt und weist auf die massiven Einschränkungen des Naturschutzes durch Badende hin. In den Naturschutzgebieten müsste wesentlich deutlicher auf das Badeverbot und das Anleinen von Hunden hingewiesen werden. Stattdessen sollte auf Bäder in der Nähe – auch auf "Nicht-Köln-Bäder", wie das Waldbad in Dünnwald – verwiesen werden.

RM Frau Laufenberg signalisiert Zustimmung zum Prüfantrag der CDU-Fraktion. Der Antrag zielt ja darauf ab, zu prüfen, ob man, auch in Zusammenarbeit mit der DLRG, Gebiete erfassen könne, so dass "Wildbader" nicht Naturschutzgebiete zerstören.

Beigeordnete Frau Reker bekräftigt, dass die Verkehrssicherungspflicht der Stadt Köln auf alle Gewässer anzuwenden sei.

Nach einer weiteren lebhaften Diskussion stellt die Ausschussvorsitzende den Antrag zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie den Naherholungssuchenden in Köln unter Beachtung aller wesentlichen Aspekte weitere Wasserflächen zum Baden in freier Natur zur Verfügung gestellt werden können. Zu betrachten sind vorhandene natürliche und künstliche Gewässer (z. B. Baggerseen). Zudem sind auch die Bademöglichkeiten im Rhein (z. B. zwischen den Bühnen im Kölner Süden) zu prüfen. Ziel ist die Ausweisung bzw. Entwicklung weiterer Bademöglichkeiten, um den illegalen Badedruck von bedeutsamen, geschützten Naturräumen in den Sommermonaten zu nehmen. Zudem sollen, ggf. auch in Kooperation mit privaten Investoren, weitere sichere und legale Bademöglichkeiten für die Kölnerinnen und Kölner geschaffen werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion pro Köln.

7 Allgemeine Beschlussvorlagen

7.1 Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See hier: Veranstaltungsplan 2011 und Definition von Rahmenbedingungen für die Genehmigung von Veranstaltungen 0389/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün stellt die Vorlage in die nächste Sitzung am 29.09.2011 zurück.

7.2 Regionale 2010 - RegioGrün/Portal Gut Leidenhausen hier: Baubeschluss und Freigabe von investiven Zahlungsermächtigun- gen 0853/2011

Von der Verwaltung zurückgezogen, weil die Bezirksvertretung Porz einstimmig einen gleichlautenden Beschluss gefasst hat.

7.3 Satzung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammen- hang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Köln (Baumschutzsatzung) vom 17.01.2002, hier: Neufassung der Satzung 0871/2011

**Gemeinsamer Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1362/2011**

RM Herr Dr. Welpmann begründet kurz den gemeinsamen Änderungsantrag. Zum Einen wolle man den Status quo der fünf Stellen im Fachamt bis 2013 sichern. Zum Anderen beabsichtige man, das Verfahren des Verwaltungsvorschlags zu optimieren. Man hoffe, mit dieser personellen und organisatorischen Regelung die enormen Rückstände abzarbeiten, gleichzeitig die bestehende Baumschutzsatzung ordnungsgemäß zu vollziehen und im Jahr 2013 das endgültige dauerhafte Verfahren festlegen zu können.

RM Frau Welcker bezeichnet namens der CDU-Fraktion den Änderungsantrag nicht als sinnvoll. Nur die Alternative der Beschlussvorlage bedeute echten Baumschutz, da hier festgelegt werde, dass mehr Personal notwendig sei. Die CDU-Fraktion werde den Änderungsantrag daher ablehnen und stimme für die Alternative, wie sie in der Verwaltungsvorlage angegeben sei. Auch mache es keinen Sinn, die Gebühren zu erhöhen, weil damit die Bevölkerung nur abgeschreckt werde, sich an die Verwaltung zu wenden. Daher sei man bei Ziffer III des Beschlussvorschlags ebenfalls für die Alternative.

RM Herr Bacher nennt für die SPD-Fraktion die Inhalte des Änderungsantrags einen hinnehmbaren Kompromiss, weil die 5. Stelle im Stellenplan erhalten bleibe. Zusätzlich werde eine Kraft eingesetzt, um die Rückstände aufzuarbeiten. Außerdem habe man im Antrag aufgenommen, dass neben der Nachweispflicht stichprobenartige Vor-Ort-Kontrollen durchzuführen seien. 2013 soll dann erneut überprüft werden, ob diese

Maßnahmen – bestehend aus den Vorschlägen der Verwaltung und den Ergänzungen des Änderungsantrags – ausgereicht haben oder ob die 5. Stelle aktiviert werden müsse.

- Die Ausschussvorsitzende stellt zunächst **Ziffer I des Änderungsantrags** zur Abstimmung:

geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

I. Der Rat beauftragt die Verwaltung,

- Für die Wahrnehmung der Aufgaben aus der Baumschutzsatzung sind durch geeignete personalwirtschaftliche Maßnahmen ausreichend personelle Ressourcen bereit zu stellen (temporäre Zuweisung einer Verwaltungskraft bis zur Evaluation 2013). Dies insbesondere mit dem Ziel, die bestehenden Bearbeitungsrückstände im Sachgebiet Baumschutz schrittweise weiter abzubauen und gleichzeitig zu verhindern, dass zukünftig neue Rückstände entstehen.
- Es wird eine Nachweispflicht als zusätzliche zulässige Nebenbestimmung in § 6 Abs. 5 der Baumschutzsatzung gemäß der als Anlage 1 beigefügten Fassung aufgenommen.
- stichprobenartige Vor-Ort-Kontrollen durchzuführen und über deren Ergebnisse jährlich zu berichten
- Die Auswirkungen der Änderung der Baumschutzsatzung auf die personellen Anforderungen im Sachgebiet sollen in 2013 erneut überprüft und bewertet werden. Bis dahin bleibt der Stellenplan in Hinsicht auf die Baumschutzsatzung unverändert.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion pro Köln.

- Anschließend stellt sie **Ziffer II der Verwaltungsvorlage** zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

II.

Der Rat stimmt der Neufestsetzung der Gebühren gemäß § 13 der als Anlage beigefügten Neufassung der Baumschutzsatzung auf Basis der als Anlage 3 beigefügten Gebührenbedarfsberechnung zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln gegen die Stimmen der CDU-Fraktion

- Anschließend stellt sie **Ziffer III der Verwaltungsvorlage** zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

III.

Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Satzung zum Schutz des Baumbestands innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Köln (Baumschutzsatzung – BSchS) unter Berücksichtigung der unter I. und II. dieser Beschlussvorlage gefassten Beschlüsse. Die am 20.12.2001 beschlossene Baumschutzsatzung wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln gegen die Stimmen der CDU-Fraktion

- Abschließend stellt sie den **so geänderten Beschlusstext** zur Abstimmung:

geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

I. Der Rat beauftragt die Verwaltung,

- Für die Wahrnehmung der Aufgaben aus der Baumschutzsatzung sind durch geeignete personalwirtschaftliche Maßnahmen ausreichend personelle Ressourcen bereit zu stellen (temporäre Zuweisung einer Verwaltungskraft bis zur Evaluation 2013). Dies insbesondere mit dem Ziel, die bestehenden Bearbeitungsrückstände im Sachgebiet Baumschutz schrittweise weiter abzubauen und gleichzeitig zu verhindern, dass zukünftig neue Rückstände entstehen.
- Es wird eine Nachweispflicht als zusätzliche zulässige Nebenbestimmung in § 6 Abs. 5 der Baumschutzsatzung gemäß der als Anlage 1 beigefügten Fassung aufgenommen.
- stichprobenartige Vor-Ort-Kontrollen durchzuführen und über deren Ergebnisse jährlich zu berichten
- Die Auswirkungen der Änderung der Baumschutzsatzung auf die personellen Anforderungen im Sachgebiet sollen in 2013 erneut überprüft und bewertet werden. Bis dahin bleibt der Stellenplan in Hinsicht auf die Baumschutzsatzung unverändert.

II.

Der Rat stimmt der Neufestsetzung der Gebühren gemäß § 13 der als Anlage beigefügten Neufassung der Baumschutzsatzung auf Basis der als Anlage 3 beigefügten Gebührenbedarfsberechnung zu.

III.

Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Satzung zum Schutz des Baumbestands innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Köln (Baumschutzsatzung – BSchS) unter Berücksichtigung der unter I. und II. dieser Beschlussvorlage gefassten Beschlüsse. Die am 20.12.2001 beschlossene Baumschutzsatzung wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion pro Köln.

7.4 Entwicklungsplan Äußerer Kölner Grüngürtel 1035/2011

Die Ausschussvorsitzende weist auf die aus den Auszügen ersichtlichen Anregungen der vorberatenden Gremien, der Bezirksvertretungen Lindenthal, Nippes und Porz und des Stadtentwicklungsausschusses, hin.

RM Herr Kienitz schlägt vor, die Anregungen der Gremien in den Beschlusstext mit aufzunehmen.

Er wiederholt seinen mündlichen Antrag aus der Ausschusssitzung am 12.05.2011, im Planungsprozess die Aspekte des Vogel- und Artenschutzes stärker zu berücksichtigen, die umweltpolitischen Sprecherinnen und Sprecher des Ausschusses Umwelt und Grün als Vertreterinnen und Vertreter in das Lenkungsgremium aufzunehmen und unter dem Punkt "Fachöffentlichkeit" Vertreter der Landwirtschaft mit zu beteiligen und bittet, diese Passagen ebenfalls in den Beschlusstext mit aufzunehmen.

SE Herr Bilke weist darauf hin, dass er die Verwaltungsvorlage als eine konzeptionelle Anregung verstehe. Über die einzelnen Maßnahmen müsse noch in einer späteren Sitzung im Ausschuss beraten werden. Er sehe z. B. die publikumserzeugende Nutzung, die geschaffen werden solle, eher kritisch.

Die Ausschussvorsitzende bekräftigt, heute werde nicht über einzelne Maßnahmen beschlossen, sondern darüber, was im weiteren Verfahren zu berücksichtigen und zu erörtern sei.

RM Herr Welpmann stimmt den beantragten Änderungen zu und schlägt als Text vor "unter Berücksichtigung der Voten der Bezirksvertretungen Lindenthal, Nippes und Porz und des Stadtentwicklungsausschusses sowie der mündlichen Ergänzungen von RM Herrn Kienitz".

Herr Kaune macht zu den Voten der Bezirksvertretung Porz und des Stadtentwicklungsausschusses deutlich, dass die Verwaltung sich schwerpunktmäßig mit dem Äußeren Grüngürtel beschäftige. Die gewünschte großräumige Vernetzung vom Äußeren Grüngürtel zu den Porzer Grünzügen würde zwar auch wie gewünscht mit betrachtet; sie solle aber nicht in der gleichen Intensität auf diese Gebiete erweitert werden.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller stellt den Beschlussvorschlag **unter Berücksichtigung der Voten der Bezirksvertretungen Lindenthal, Nippes und Porz und des Stadtentwicklungsausschusses sowie der mündlichen Ergänzungen von RM Herrn Kienitz** zur Abstimmung:

Ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, folgenden **ergänzten** Beschluss zu fassen:

Der Rat unterstützt die Erstellung eines Entwicklungsplans "Äußerer Kölner Grüngürtel" und beschließt den Entwicklungsplan von der Kölner Grün Stiftung, die die Ausarbeitung in Auftrag gibt und finanziert, nach Fertigstellung unentgeltlich anzunehmen.

Der Entwicklungsplan "Äußerer Kölner Grüngürtel" soll als grundsätzliche Handlungsempfehlung und strategische Zielausrichtung für die zukünftige Entwicklung und Unterhaltung des Äußeren Grüngürtels gelten. **Darüber hinaus müssen im Planungsprozess die Aspekte des Vogel- und Artenschutzes stärker berücksichtigt werden.**

In dem Lenkungsgremium sollen auch die umweltpolitischen Sprecherinnen und Sprecher des Ausschusses Umwelt und Grün vertreten sein. Zudem sollten als "Fachöffentlichkeit" Vertreterinnen und Vertreter der Landwirtschaft, also Kammer- oder Verbandsvertreter, beteiligt werden.

Über die Realisierung und Finanzierung einzelner Maßnahmen aus dem Entwicklungsplan "Äußerer Kölner Grüngürtel" werden nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans Einzelentscheidungen im Finanzausschuss mit Vorberatung im Fachausschuss **und den betroffenen Bezirksvertretungen** getroffen.

Die Finanzierung des Moderationsverfahrens – mit Kosten in Höhe von voraussichtlich 80.000,- Euro – erfolgt aus den im Rahmen des Bürgerhaushalts für den Erhalt des Grüngürtels im Themenkomplex „Pflege/Sanierung“ zur Verfügung gestellten Mitteln.

In die fachöffentliche Beteiligung (Seite 10 der Vorlage) wird der „Freundeskreis zur Vollendung des Äußeren Grüngürtels und des Landschaftsparks Belvedere“ mit einbezogen.

Es wird darum gebeten, bei der Fortführung der Planungen auch die Bezüge des rechtsrheinischen Kölner Grüngürtels auf die Porzer Grünzüge zu berücksichtigen, um eine Biotopvernetzung erreichen zu können.

Insbesondere sollen betrachtet werden

- **die Verbindung des Grünzugs Westhovener Aue entlang der A4 bis zum Gremberger Wäldchen und weitergehend bis zur Merheimer Heide und der Iddelsfelder Hardt**
- **eine Verbesserung und ökologische Aufwertung der Verbindung von Poll zum Gremberger Wäldchen**
- **eine großräumige Vernetzung vom Äußeren Grüngürtel zu den Porzer Grünzügen Zündorf-Wahn und Eil-Leidenhausen-Königsforst-Wahner Heide**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**7.5 Ergänzung der Kölner Bestattungs- und Friedhofssatzung und der Friedhofsgebührensatzung
1047/2011**

Von der Verwaltung zurückgezogen.

**7.6 Programm Mülheim 2020 - Rheinboulevard Mülheim-Süd
Bauftragung der Weiterplanung und Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung des Finanzplans im Haushaltsjahr 2011
2. Durchgang
1267/2011**

Ergänzter Beschluss: *(Ergänzung i. d. Fassung Ausschuss Umwelt und Grün am 12.05. und Stadtentwicklungsausschuss am 19.05.2011)*

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün genehmigt den Vorentwurf für den Rheinboulevard Mülheim-Süd und beauftragt die Verwaltung auf dieser Grundlage die Weiterplanung zu beauftragen.

Der Ausschuss für Umwelt und Grün würde es begrüßen, wenn auch das Gelände bis 500 m südlich des hier angestellten Raumes mitbeplant wird, um dort Lösungsvorschläge zu machen, die eine logische Anbindung an den Rheinpark ermöglichen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Planungshonorar in Höhe von 93.900,00 Euro im Teilfinanzplan 0902 (Stadtentwicklung) bei Finanzstelle 1502-0902-9-5570 (Mülheim 2020 - Rheinboulevard Mülheim-Süd), Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2011.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**7.7 Kleingartenanlage Äußere Kanalstraße, Verein Takufeld e. V. - Bau einer Ringwasserleitung
hier: Freigabe von investiven Zahlungsermächtigungen des Finanzplanes
1453/2011**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt die Planung für die Neuerstellung einer Wasserleitung in der Kleingartenanlage Äußere Kanalstraße in Köln-Ehrenfeld mit Gesamtkosten von 341.600 EUR zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Baumaßnahme durchzuführen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer im Doppelhaushalt 2010/2011 veranschlagten Zahlungsermächtigung in Höhe von 280.600,- EUR aus Teilfinanzplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen; Hj. 2011.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**7.8 Erweiterung der Kleingartenanlage Schmalbeinstraße, Verein Köln-City e. V.
hier: Planungs- und Baubeschluss
1589/2011**

Von der Verwaltung zurückgezogen, weil die Bezirksvertretung Innenstadt einstimmig einen gleichlautenden Beschluss gefasst hat.

**7.9 Beschaffung von vier Mannschaftstransportern und vier Verkehrssicherungsanhängern
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
1913/2011**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für die geplanten Beschaffungsmaßnahmen fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe der im Doppelhaushalt 2010/2011, Teilfinanzplan 1301, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, veranschlagten Auszahlungsermächtigung 2011 in Höhe von 251.600,- €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**7.10 Trimm-Dich-Pfad in der Stadtwalderweiterung, Köln-Lindenthal
hier: Annahme der Schenkung eines modernen Trimm-Dich-Pfads,
erstellt durch Scherz e.V.
2260/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung eines modernen Trimm-Dich-Pfads in der Stadtwalderweiterung in Köln-Lindenthal durch Scherz e.V. in Höhe von ca. 47.800 € dankend an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.11 Neuabschluss eines Vertrages über die Benutzung städtischer Grundstücke zum Zwecke der öffentlichen Versorgung mit Fernwärme (Fernwärmegestattungsvertrag) 0898/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der RheinEnergie AG einen Vertrag über die Benutzung städtischer Grundstücke zum Zwecke der öffentlichen Versorgung mit Fernwärme in der beigefügten Fassung (Anlage 1) abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

7.12 Rheinboulevard -Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard hier: Archäologie und Teilumplanung der Gründung 2037/2011

RM Herr Kienitz fragt, ob es im derzeitigen Planungsstand schon ein Reinigungskonzept hinsichtlich der Treppe gebe und ob Treppengeländer vorgesehen seien.

Herr Dr. Bauer antwortet auf den ersten Teil der Frage, dass die Reinigung der Treppe mit den AWB intensiv diskutiert worden sei und darüber ein Konzept vorliege.

Herr Neweling erläutert, ganz unten am Fuß der Treppe sei ein Geländer geplant, um dem Sicherheitsaspekt Rechnung zu tragen. An den Treppenstufen zwischendurch seien Steckhülsen vorgesehen, so dass bei Großveranstaltungen Geländer angebracht werden können.

RM Herr Bacher ist der Meinung, dass in diesem Fall auch der Veranstalter an den Investitionen beteiligt werden sollte.

RM Herr Dr. Welpmann spricht das objektiv fehlerhafte Baugrundgutachten an. Er fragt, wann es vorlag, auf welcher Grundlage es beauftragt worden sei und warum erst jetzt das Problem erkannt werde.

Herr Neweling antwortet, die Verwaltung habe bewusst ein Büro ausgesucht, welches bereits sehr gute Vorkenntnisse hatte, da es auch schon für die Stadtentwässerungsbetriebe (StEB) im Rahmen des Hochwasserschutzes tätig gewesen sei. Dieses habe Vorschläge zu den Sondierungen und Bohrungen gemacht. Entweder habe das Büro nicht ausreichend Bohrungen vorgesehen oder es habe einfach nur „Pech gehabt“.

Die Verwaltung werde der Angelegenheit auch juristisch nachgehen. Eine erste juristische Prüfung der Stadt Köln habe ergeben, dass es sich lohne, noch mal einen unabhängigen Gutachter zu beauftragen, um zu prüfen, ob das Büro der Stadt Köln einen Schaden zugefügt habe. Es gehe hier um einen Streitwert von möglicherweise 1,5 Mio. €. Das Vergabeverfahren hinsichtlich der Beauftragung eines unabhängigen, öffentlich bestellten Gutachters sei eingeleitet.

RM Herr Welpmann merkt an, dass die Kostenerhöhung, die jetzt der Stadt Köln im nicht zuwendungsfähigen Bereich entstehe, deutlich über 1,5 Mio. € liege. So könne die ursprünglich vorgesehene Tiefgründung nicht realisiert werden, weil einerseits ein Kampfmittelproblem vorliege und umgeplant werden müsse. Dies ziehe erhöhte Pla-

nungs- und Baukosten sowie Zeitverzug aufgrund des zwei Jahre andauernden Baustillstandes nach sich.

Insofern plädiere er dringend dafür, zu prüfen, den Gesamtschaden, der der Stadt Köln entsteht, auf juristischem Wege von dem Büro einzutreiben. Schließlich stelle ein Baugrundgutachten bei jedem Bauvorhaben dem Grunde nach eine alles entscheidende Sache dar, auf die sich der Bauherr verlassen können müsse.

Herr Neweling macht auf die Tabelle aufmerksam, in der die Kosten zusammen gestellt worden sind. Sie enthalte nicht nur die Mehrkosten, die durch die Umplanung und den Bau inklusive der Ingenieurkosten erneut anfielen, sondern es seien auch etwa 1,5 Mio. € enthalten, die an Mehrkosten entstanden wären, wenn man die alte Lösung umgesetzt hätte. Das habe sich in der Schlussphase kurz vor dem Baustopp mit Fertigstellung der letzten Detailpläne und Kostenberechnungen auf gesicherter Grundlage abgezeichnet. Diese Mehrkosten wären möglicherweise bei der Ausschreibung zum Tragen gekommen.

Abschließend stellt die Ausschussvorsitzende die Verweisung der Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**7.13 Abfallbehälter und Bänke für Grünanlagen in den Stadtbezirken
hier: Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Rahmen
des Bürgerhaushaltes
2196/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe in Höhe von 400.000,- € aus investiven und mit Sperrvermerk versehenen Mitteln des Teilfinanzplanes 1301, öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen im Rahmen des Bürgerhaushaltes, Hj. 2011, für die Beschaffung von Abfallbehältern und Bänken für Grünanlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Mitberatung von Planungsvorlagen

Keine.

9 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Keine.

10 Mitteilungen

10.1 Senkung der Stickoxide in der Luft durch Pflastersteine hier: Anfrage der CDU-Fraktion aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 09.05.2011, TOP 8.2.3 1808/2011

RM Herr Kienitz fragt nach dem zeitlichen Rahmen für den Einbau dieser Steine.

Die Verwaltung sagt zu, die Frage an das Amt für Straßen und Verkehrstechnik weiter zu leiten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

10.2 Solarenergie auf städtischen Dächern Ratsbeschluss vom 14.09.2010, TOP 10.7 1902/2011

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

10.3 PFT im Grundwasser und in Baggerseen zwischen Immendorf und Me- schenich. Hier: Sachstand zum 15.05.2011 2016/2011

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

10.4 Sachstand zum Bürgerantrag Erstellung eines ganzheitlichen Kölner Umweltbildungskonzeptes 2270/2011

RM Herr Kienitz merkt an, bei der Präsentation der verschiedenen Gutachten des Klimaschutzkonzeptes werde auch der Bereich "Umweltbildung" dargestellt und beleuchtet. Er möchte wissen, inwieweit eine Verknüpfung mit den in der Mitteilung aufgeführten Punkten stattfindet.

Herr Liebmann erläutert, die Bearbeitung laufe vom Auftrag und der Zeitlichkeit zunächst parallel ab. Es sei aber vorgesehen, dass dies vernetzt werde. Das ganzheitliche Umweltbildungskonzept von Köln solle das "Dach" aller Umweltbildungsaktivitäten werden, wobei das Klimaschutzbildungskonzept als "Teilmenge" betrachtet werde. Man wolle dies jedoch nicht mit dieser Erarbeitung aus dem Bürgerantrag vermischen. Diese werde nicht innerhalb der Verwaltung, sondern durch Netzwerk e. V. extern federführend umgesetzt und die Verwaltung sei nur daran beteiligt.

Die Netzwerkbildung und gegenseitige Harmonisierung sei sicherlich gewährleistet.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**10.5 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2010
2176/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**10.6 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2008
2157/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**10.7 Verkehrssituation in Köln-Meschenich
hier: Anfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom
28.02.2011, TOP 8.2.7
2117/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**10.8 Regionale 2010 - RegioGrün/Portal Gut Leidenhausen
hier: Wechsel des Entscheidungsgremium
2496/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**10.9 "Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen
und Gewässer"
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 21.06.2011 über einen
Teil der vom Rat am 07.04.2011 zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel
2639/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**10.10 Stilllegungsmaßnahme auf der städtischen Altdeponie Linder Mauspfad
Sachstand zur Verkehrsführung während der Baumaßnahme
2545/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet, die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu setzen.

**10.11 Beauftragung eines Wach- und Sicherheitsdienstes zum Schutz des Rheinparks vor Vandalismus.
2531/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet, die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu setzen.

**10.12 Umgang mit der Massaria-Krankheit an Platanen in Köln - Stand Juni 2011
Entwicklung in der Rechtsprechung
Von den Gerichten geforderter Umfang und Häufigkeit der Baumkontrolle
2584/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet, die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu setzen.

**10.13 Stadtklima- und Verschönerungsprogramm - Sanierung und Betrieb von Brunnen in Köln
2686/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet, die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu setzen.

**10.14 Stadtklima- und Verschönerungsprogramm - Schmuckbeete
2689/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet, die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu setzen.

**10.15 "Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer"
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Mülheim vom 27.06.2011 über die vom Rat am 07.04.2011 zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel
2682/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet, die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu setzen.

gez. Dr. Sabine Müller
(Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)